

Tagesordnung:

1. Haushaltsentwurf 2019
2. Bericht zum Haushalt nach § 28 GemHVO
3. Baugebiet Hinter den Steinhöfen -Straßenbezeichnung-
-Beratung und Beschlussfassung-
4. Aufhebung der Satzung Zweitwohnungssteuer
-Beratung und Beschlussfassung-
5. Entwässerungssatzung (EWS) -Redaktionelle Änderung-
-Beratung und Beschlussfassung-
6. Satzung über die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung
-Beratung und Beschlussfassung-
7. SPD Antrag zu den Erweiterungsmöglichkeiten für das Gewerbegebiet
-Beratung und Beschlussfassung-
8. SPD Antrag Baulandpotenzial der Stadt Grebenstein
-Beratung und Beschlussfassung-
9. Anfragen
10. Mitteilungen

Zu TOP 1) Haushaltsentwurf 2019

Der Haushalt 2019, der den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung am heutigen

Tag auf elektronischem Weg als Link bzw. als ausgedrucktes Exemplar zur Verfügung gestellt wurde, wird von Bürgermeister Sutor vorgestellt und anschließend an die Ausschüsse verwiesen.

Zu TOP 2) Bericht zum Haushalt nach § 28 GemHVO

Stadtoberamtsrätin Wilhelm trägt den Bericht gemäß § 28 GemHVO vor, der – wie auch die Ergebnis- und die Finanzrechnung vom 14.12.2018 – dem Protokoll beigelegt wird.

Zu TOP 3) Baugebiet Hinter den Steinhöfen -Straßenbezeichnung-

Einstimmig bei 2 Enthaltungen fasst die Stadtverordnetenversammlung den nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die neue Straße über dem Neubaugebiet „Hinter den Steinhöfen“ in „Europastraße“ zu benennen.

Zu TOP 4) Aufhebung der Satzung Zweitwohnungssteuer

Mit 23 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen fasst die Stadtverordnetenversammlung den nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Stadt Grebenstein in der allen Stadtverordneten vorliegenden Fassung.

Zu TOP 5) 1. Änderungssatzung der Entwässerungssatzung (EWS) vom 30.01.2018

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Änderung der Entwässerungssatzung (EWS) in der allen Stadtverordneten vorliegenden Fassung.

Zu TOP 6) Satzung über die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Aufhebung der Straßenbeitragssatzung in der allen Stadtverordneten vorliegenden Fassung.

Zu TOP 7) SPD Antrag zu den Erweiterungsmöglichkeiten für das Gewerbegebiet

Einstimmig wird der folgende Antrag der SPD-Fraktion von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

Der Magistrat wird beauftragt, alle die folgenden, ungeklärten Fragen bezüglich einer Erweiterungsmöglichkeit des vorhandenen Gewerbegebietes zu klären und über das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung am 4.2.2019 darüber zu berichten:

- a.) Ist nach dem derzeitigen Stand die Ver- bzw. Entsorgung gewährleistet?
Wenn nein: welche Maßnahmen sind dazu erforderlich?
- b.) Wie können die Zufahrtsmöglichkeiten gestaltet werden?
Sollte es in der Verwaltung andere Pläne für den Standort eines neuen Gewerbegebietes geben, so sind diese vorzustellen.

Zu TOP 8) SPD Antrag Baulandpotenzial der Stadt Grebenstein

Der Antrag der SPD-Fraktion beinhaltet vier Aufträge an den Magistrat, über die nach vorangegangener Diskussion einzeln abgestimmt wird.

Einstimmig bei einer Enthaltung wird der folgende Teil des Antrages der SPD-Fraktion von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

1.) Der Magistrat der Stadt Grebenstein wird beauftragt für die als „Baulandpotential“ gekennzeichnet Flächen im „Zukunftskataster“, erarbeitet vom Zweckverband Raum Kassel im April 2015, bzw. einem aktuelleren Stand, folgende Sachverhalte zu klären:

- a) Steht die Fläche zu einem „sofortigen“ Verkauf zur Verfügung, seitens des/der Eigentümer?
- b) Wenn ja, zu welchem Bodenpreis?
- c) Wenn ja, ist/sind der/die Eigentümer damit einverstanden, dass die Fläche durch die Stadt Grebenstein als „zum Verkauf angebotener Bauplatz“ bekannt gemacht wird (Homepage / schriftliche Anfragen)?

Mit 24 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen wird der folgende Teil des Antrages der SPD-Fraktion von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

2.) Der Magistrat wird beauftragt den Stadtverordneten jährlich (jeweils zur ersten Sitzung des Jahres), erstmalig im Januar 2020, eine Übersicht zur Verfügung zu stellen, aus der folgende Sachverhalte hervorgehen:

- a) Wieviel Nachfragen nach Bauplätzen sind bei der Stadt Grebenstein eingegangen, getrennt nach den Stadtteilen?
- b) Auf welchem „Weg“ gehen die Nachfragen ein (Online / schriftlich)?
- c) Wie hat die Stadt Grebenstein Bauplätze angeboten (Online / Druckpresse / Sonstiges)?

Mit 24 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen wird der folgende Teil des Antrages der SPD-Fraktion von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

3.) Dem Magistrat wird empfohlen, die Beantwortung/Bearbeitung von Anfragen über mögliche Bauplätze im Rathaus als Leitungsangelegenheit zu erklären. In der Stadtverwaltung sollte eine Expertise über vorhandene freie Bauplätze mit den Angaben über Lage, Größe, Preis und Sachstand über die Baureife im gesamten Stadtgebiet vorhanden sein und stets aktualisiert werden. Es ist unabdingbar, dass dieses wichtige Thema zentral und kompetent gegenüber Interessenten bearbeitet wird.

Mit 19 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird der folgende Teil des Antrages der SPD-Fraktion von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

4) Im Stadtteil Udenhausen wurde ein Bebauungsplan im Bereich Wiesenweg von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Dem Bebauungsplan fehlt zur Rechtskraft nur die öffentliche Bekanntmachung. Der Magistrat wird beauftragt die Stadtverordneten in der nächsten Sitzung über das geplante weitere Verfahren und den Zeitplan zur Erreichung der Rechtskraft des Bebauungsplans im Bereich Wiesenweg im Stadtteil Udenhausen zu informieren.

Zu TOP 9) Anfragen

CDU-Anfrage über die haushalterische Wirkung der Abschaffung der Straßenbeiträge

In der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018 sind die Straßenbeiträge zum 31.12.2018 in Grebenstein abgeschafft worden. Die CDU-Fraktion bittet um Auskunft

- über die Auswirkung der Abschaffung auf den Haushaltsplan 2019 ff einschließlich der zu erfolgenden haushaltstechnisch notwendigen Buchungsschritte sowie
- über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Arbeitsverteilung/-belastung der Verwaltung.

Wir bitten weiterhin um eine Aufstellung, die die Entwicklung der Erträge und Rücklagen des städtischen Haushaltes der mindestens letzten fünf Jahre widerspiegelt.

Aktuell ist nur eine Straßenbaumaßnahme von der Abschaffung der Straßenbeiträge betroffen und das ist die Ortsdurchfahrt Udenhausen. Bei prognostizierten Beiträgen in Höhe von 50.000 € ist bei einer Abschreibungszeit von 30 Jahren mit jährlichen Mindereinnahmen durch nicht realisierbare Erträge aus Sonderposten in einer Größe von 1.667 € zu rechnen. Da zukünftige grundhafte Straßenerneuerungsmaßnahmen noch nicht festgelegt und dementsprechend keine Kostenschätzungen vorliegen, können weitergehende, konkrete Aussagen nicht getroffen werden.

Die Einnahmen aus Sonderposten werden bei zukünftigen, grundhaften Straßenausbaumaßnahmen nicht mehr steigen und die Finanzierung der Maßnahmen sowie der Haushaltsausgleich wird dadurch erschwert.

Die Belastung für die Verwaltung, insbesondere für das Bauamt und den Bürgermeister, wird sich verringern, da keine Straßenbeitragsbescheide erlassen werden müssen.

Bürgermeister Sutor sagt die Übermittlung einer Aufstellung, die die Entwicklung der Erträge und Rücklagen des städtischen Haushalts seit Einführung der Doppik im Jahr 2009 wiedergibt zu.

Zu TOP 10) Mitteilungen

Befristete Niederschlagungen

Die Entwicklung der befristeten Niederschlagungen stellt sich in diesem Jahr besonders negativ dar, da aufgrund eines säumigen Zahlers, der auch noch in Insolvenz geht, eine erhebliche Summe an Steuerschulden nicht zu realisieren sein wird.

Entwicklung:

Jahr	Fälle gesamt	Summe	Insolvenzen	Summe
2018	42	118.190,83 €	22	111.113,89 €
2017	46	38.557,70 €	25	29.129,49 €
2016	39	34.079,15 €	28	28.638,35 €
2015	40	25.690,61 €	32	19.813,07 €
2014	40	25.548,90 €	33	20.018,04 €

Sichtbeziehungen Burgberg und Herstellung von Kalkmagerrasenflächen

Die Stadt Grebenstein ist erfreut, dass sie, vorbehaltlich der Förderung durch den Bund, in das Kalkmagerrasenprogramm des Landkreises Kassel mit aufgenommen wird. Damit werden im Rahmen eines Förderprogramms die ehemaligen Kalkmagerrasenflächen am Burgberg wieder hergestellt und die Sichtbeziehungen zur Burg verbessert. Die Förderung soll über einen Zeitraum von 3 Jahren laufen und von der Universität Osnabrück begleitet werden. Nach Ablauf der Förderperiode wird die Stadt Grebenstein die langfristige Pflege der Kalkmagerrasenflächen sicherstellen müssen.

Der Antrag 2018 der Stadt Grebenstein wurde großzügig mit einer Fördersumme von 906.000 € bedacht, bei einem Eigenanteil von 335.000 € (Förderquote 73,01%!). Alle angemeldeten Projekte, mit Ausnahme des Gebäudekomplexes Bahnhofstraße 13/Blauer Wandstein 1, wurden genehmigt.

Da die Stadt Grebenstein in dem Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ keine Berücksichtigung fand und aufgrund ihrer beispielhaften Umsetzung von Maßnahmen im

Förderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“, können die beantragten Maßnahmen in „Zukunft Stadtgrün“ erneut im Jahr 2019 im Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ beantragt werden.

Breitbandausbau in Grebenstein

Die Fa. Goetel aus Göttingen, die die Firma ACO übernommen hat, hat angekündigt, kurzfristig den Stadtteil Schachten an das Glasfasernetz anschließen zu wollen. In Schachten verläuft bereits eine Glasfaserleitung. Für den Stadtteil Udenhausen konnten noch keine konkreten Aussagen getroffen werden. Die Umsetzung in Schachten soll, je nach Witterung, im ersten oder zweiten Quartal 2019 erfolgen. Ferner wurde ein verbesserter Kundenservice und eine verbesserte Verfügbarkeit der Produkte angekündigt.

Stadtverordnetenvorsteher Zanger teilt mit, dass das Sitzungsgeld der letzten Stadtverordnetenversammlung dem Förderverein der Heinrich-Gruppe-Schule zugutekommen solle. Ohne Einwände wird der Vorschlag angenommen.